Sauerländisches Volksblatt

Altester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,75 G.-M. zuzügl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10 158

Gegr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunftund Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen-Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen. . . .

Nr. 281 — **Olpe, Montag, den 1. Dezember 1924** — **84. Jahrg.**

Mehr Vertrauen!

Eine ernste Mahnung an manche Katholiken.
Von Franz Steffen.

Mit Befremden muß man mitunter feststellen, wie oft leider viele unserem politischen Leben fern und gleichgültig gegenüberstehen, gerade so, als ginge sie das ganze politische Leben überhaupt nichts an, als würden sie von ihm überhaupt nicht berührt. Andere wieder handeln in ihren politischen Entscheidungen oft rein gefühlsmäßig, ohne überhaupt den Verstand sprechen zu lassen. Mancher wendet sich von der Zentrumspartei ab, weil ihm gefühlsmäßig das eine oder andere heute an ihr nicht behagt, ohne sich klar zu machen, daß ein Vorwärtskommen anders überhaupt nicht möglich wäre. Mancher faßt seine Worte in der Mißstimmung zusammen: Ich habe kein rechtes Vertrauen mehr zur Partei.

Demgegenüber müssen wir ihm zurufen: Vertrauen ist nötig. Vertrauen ist heute nötiger denn je, denn die Verhältnisse liegen in unserem Vaterlande heute einmal so traurig, daß keine einzige Partei es allen unseren Wünschen genehm machen könnte, daß die Befriedigung aller Wünsche und Hoffnungen heute geradezu unmöglich ist. Wir können uns heute nur mit der Hoffnung trösten, daß es schließlich nach langen mühevollen Jahren doch einmal wieder besser werden wird. Wir müssen Vertrauen haben zu den Parteien, die unsere politischen Geschicke lenken, wir müssen auch der Zentrumspartei mindestens das Vertrauen entgegenbringen, das wir den anderen Parteien bezeugen, ja, wir als Katholiken müssen ihr weit mehr Vertrauen entgegenbringen, als jeder anderen Partei. Hier muß für uns Katholiken der Ruf gelten:

Haben wir etwas mehr Vertrauen zu dem Willen, zur Einsicht und auch zur Vaterlandsliebe unserer Zentrumsführer und jener verantwortlichen Staatsmänner, die aus unseren Reihen hervorgegangen sind.

An der Spitze unserer Zentrumspartei stehen **treukatholische** Männer und Frauen, eine Reihe hervorragender Geistlichen zählt zu unseren Zentrumsführern, denen es mit ihrem Katholizismus und mit ihrer Vaterlandsliebe mindestens ebenso ernst ist wie uns, die in ihrem politischen Arbeiten nach **katholischen** Grundsätzen handeln.

Es gereicht uns Katholiken wahrlich nicht zur Ehre, wenn wir diesen Männern und Frauen leichtfertig oder zum mindesten unüberlegt undeutsche Gesinnung oder Preisgabe unserer vaterländischen Interessen vorwerfen, wenn wir diesen Vorwurf dulden und ihn nicht sofort energisch zurückweisen, wenn wir auch nur einen Augenblick in Zweifel ziehen, daß sie ernstlich und nach bestem Wissen und Gewissen das Wohl unseres Vaterlandes im Auge haben.

Es gereicht uns auch weiter nicht zur Ehre, wenn wir so leicht ihre Fahne verlassen, die fest verankert steht, die Fahne des katholischen Christentums, und Führern folgen, die das Christentum und seine Grundsätze nicht anerkennen bezw. es auf ihre Weise auslegen, eine „deutsche Religion" erstreben und dergleichen. Haben wir denn zu unseren katholischen Führern weniger Vertrauen als zu Freimaurern und Katholikenfeinden, die in den gegnerischen Reihen vereinigt sind! Haben wir denn ganz vergessen, daß gerade die Katholiken von allen anderen, auch von den heutigen Rechtsparteien und ihren Vorgängerinnen zurückgesetzt und verdächtigt wurden und werden! Ist noch immer nicht klar geworden, daß wir von ihnen verdächtigt und bekämpft wurden und werden als Katholiken, die mit dem Papst in Rom eng verbunden sind und bleiben! Haben wir zu jenen, die uns in der Zeit, in der sie wirklich die Macht hatten, als Staatsbürger 2. Klasse behandelten, die uns heute, wo sie politisch zur Ohnmacht verurteilt sind, die schönsten Versprechungen machen und von dem dicken Strich sprechen, den wir unter die Vergangenheit ziehen sollen — worauf leider auch mancher hereinfällt — dann aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Katholiken bald versteckt, bald offen angreifen, sie zurückzudrängen suchen, wo und wie sie können, sich auch keinen Augenblick scheuen, sich mit Sozialisten und unter Umständen sogar mit National-Polen verbinden, wenn es gilt, einen Zentrumsmann oder einen dem Zentrum angehörenden Katholiken, ja oft einen Katholiken überhaupt zurückzusetzen, mehr Vertrauen, als zu unseren kath. Führern, die Jahrzehnte für unsere katholischen Rechte und für unsere Gleichberechtigung gekämpft, denen allein wir die teilweise Beseitigung der Imparität zu danken haben, die auch jetzt nach der Revolution treu ihrem Programm und ihrer Vergangenheit ganz entschieden für unsere Rechte eingetreten sind und auch tatsächlich manches erreicht haben?

Ist es nicht grenzenloser Undank und Leichtsinn, wenn Katholiken ihre katholischen Führer in der Stunde bitterster Not verlassen, weil sie ihnen, wie sie in ihrer Kurzsichtigkeit meinen, nicht national genug sind, aber trotzdem hoffen und erwarten, daß sie ihre katholischen Interessen schützen werden! Kann man sich denken, daß Katholiken treu katholischen deutschen Männern den Vorwurf unnationaler oder wenig nationaler Gesinnung machen, einen Vorwurf, den man sonst gewohnt war, den Katholiken samt und sonders aus dem katholikenfeindlichen Lager entgegenzuschleudern! Wenn das Wort wahr ist — und es ist wahr — daß der große Papst Leo 13. einmal sagte: „Es gibt in Krieg und Frieden keinen besseren Bürger als einen pflichtbewußten Christen", dann darf es für uns Katholiken keinen Zweifel über unsere politische Zugehörigkeit geben. Wir gehören an die Seite unserer treu katholischen Führer und Vorkämpfer für unser gläubiges Christentum, wir gehören in die Reihen der **Zentrumspartei**, die ihre Politik aufbaut auf christliche Lehren; Zentrumspolitik ist christliche Politik.

Unsere Aufgabe als Katholiken muß also sein, die Zentrumspolitik zu stützen und zu fördern, in der Zentrumspartei eifrig mitzuarbeiten, wir müssen den Zentrumsorganisationen angehören **und uns in ihren betätigen**, damit wir den Einfluß in ihnen erhalten, den wir wünschen, von dem wir glauben, daß er uns gebührt. Es gilt hier nicht ständiges Mißtrauen, unablässiges Schimpfen, fruchtloses Kritisieren, tatenloses Abseitsstehen oder gar Flucht aus der Partei, sondern vielmehr **tatkräftige opferfreudige** Mitarbeit. Für uns darf die Losung heute nicht heißen: Hinaus aus der Zentrumspartei, sondern sie muß lauten: Jetzt erst recht hinein in die Zentrumspartei. Und nun in ihr kräftig mitgearbeitet, damit es besser wird. Aber die Partei selbst dürfen wir nicht preisgeben, denn: Es mag manche Parteien geben, in die das Volk paßt, es gibt aber nur eine Partei, die für das katholische Volk die richtige und zuverlässigste ist, unsere **Zentrumspartei.**

Alle schauen auf das Zentrum!

Graf Westarp hielt am 23. November eine Rede, in der er sagte, der am 7. Dezember müsse eine starke deutschnationale Fraktion bringen, damit das Zentrum nicht ohne weiteres rechts regieren könne.

Die Frankfurter Zeitung brachte am 25. November einen Artikel, in dem sie einen demokratischen Wahlerfolg für notwendig hält, damit der Bürgerblock vermieden werde, das Zentrum also die alte Koalition aufrechterhalten könne. Keine arbeitsbereite Partei spricht davon, daß das Zentrum am 7. Dezember geschwächt werden müsse. Alle fühlen sie, wie notwendig eine starke, grundsatzfeste Partei der Mitte ist, die die bisherige **erfolgreiche Politik zielklar und** entschieden weiterführt, auch wenn sie es nur hier und da offen zugeben.

Stresemann erklärte in Hamburg offen, daß „wir zu einer Politik der Mitte kommen müssen, die sich auf die mittlere Linie des Zentrums stützt, wie sie im Namen Marx sich verkörpert."

Zentrumswähler! Wenn die anderen Parteien das einsehen, wie stolz dürfen wir da auf unsere Partei und unseren Führer sein! Aber welche Verantwortung ruht auch auf uns,

der Partei der Mitte am 7. Dezember zum Siege zu verhelfen.

Verankerung der Mitte.

Der frühere Parteivorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, hat in einer Wahlrede in Düsseldorf ein bemerkenswertes Wort geprägt: Die Politik der Mitte muß sich nunmehr endgültig für die rechte oder linke Verankerung entscheiden. Damit hat Herr Hergt wieder einmal ein neues politisches Schlagwort geprägt. Nur sollte darüber nicht vergessen werden, daß die „Politik der Mitte" tatsächlich schon in sich selbst, ihrem Wollen und ihren Erfolgen „verankert" ist, und daß es sich in Zukunft vielmehr darum handeln wird, wer rechts oder links den Anschluß an diese derart „verankerte" Politik der Mitte finden will und finden kann.

Der obige Abschnitt stammt nicht etwa aus einer Zentrumsfeder, sondern steht so wortwörtlich in der volksparteilichen „Zeit" vom 21. 11. 1924. Es wäre gut, wenn die volksparteilichen Blätter und Redner das auch jetzt in der Wahlzeit nicht so oft vergäßen, als es leider geschieht. Unsere Zentrumswähler aber werden es sich merken, weil der Typus dieser festverankerten Politik der Mitte unsere Zentrumspartei und ihr Führer Marx ist, für den es am 7. Dezember bis zum letzten Mann geschlossen einzutreten gilt.

Wie Hergt „auch anders" konnte!

Man erinnert sich wohl noch, wie Hergt mit allem nicht geringen Pathos, der ihm in Wort und Geste zur Verfügung steht, von der Reichstagstribüne gegenüber den Londoner Vereinbarungen sagte: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders! Er hat später doch „anders" gekannt. Man kennt auch die Abstimmungsmanöver, die die Deutschnationalen am 29. August machten, indem sie rote Reinkarien in die Höhe hielten, um mit der anderen Hand die weißen Jakarten in der Urne verschwinden zu lassen. Ein ganz neue Lesart verbreitet nun der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Paul Schulze-Berlin, der in Berliner Wahlversammlungen der Deutschnationalen die Dinge am 29. August in einer Art schildert, die wohl bei den deutschnationalen Zuhörern als eine Entschuldigung angesehen werden sollen, die aber doch auf die innere Verfassung der Deutschnationalen ein eigenartiges Licht werfen. Es ist eine Groteske ohnegleichen, wenn man folgendes aus dem Munde dieses Deutschnationalen Schulze hört:

„Am 29. August seien sich alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion vollkommen einig darin gewesen, das Londoner Abkommen zu Fall zu bringen. Da sei plötzlich die Abstimmung um eineinhalb Stunden vertagt worden. Während dieser Zeit hätten sich einige Deutschnationale, da inzwischen das Gerücht aufgetaucht sei, daß der Reichspräsident seine Zustimmung zur Reichstagsauflösung im Falle der Ablehnung des Londoner Abkommens geben werde, telegraphisch in London informiert, ob die einfache Unterzeichnung des Abkommens durch einen Beauftragten des Reichspräsidenten von der Entente als gültige Unterschrift anerkannt werde. Dies sei von London bejaht worden. Das taten sie natürlich ohne Wissen der Parteileitung. Denn während der Abstimmung hätten sich zufällig einige deutschnationale Fraktionsmitglieder entschlossen, mit Ja zu stimmen. In der nach der Abstimmung stattgefundenen Fraktionssitzung hätte der Parteiführer Hergt, der von allem keine Ahnung hatte, den Jasagern ganz bedrückt gesagt: „Aber Kinder warum habt Ihr denn nicht gesagt, daß ihr mit Ja stimmen wollt, dann hätte ich doch auch so gestimmt?"

Ein anderer Fall muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Hergt sprach dieser Tage in Breslau in einer deutschnationalen Versammlung die Worte aus: Kein Deutschnationaler kann den Eintritt in den Völkerbund gutheißen. Und dieser selbe Hergt hat auch in diesem Fall einmal anders gekonnt, nämlich damals, als es sich darum handelte, vier Ministersitze zu bekommen. Damals hat Hergt den Richtlinien des Reichskanzlers, also auch dem Eintritt in den Völkerbund zugestimmt, und das einzige, was er in diesem Punkte forderte, war eine andere Formulierung, um diesem neuesten Umfall nach außen hin ein anderes Mäntelchen zu geben.

Die „Kunst zu zitieren".

Vor einiger Zeit ging durch die Presse der Rechten ein Zitat der Pariser Journe Industrielle, in dem gestanden haben soll, für den 7. Dezember sei in Deutschland ein Sieg der demokratischen Parteien zu wünschen, dann habe es mit dem Wiederaufstieg Deutschlands noch gute Weile. Die daran angeknüpfte Schlußfolgerung war dann immer: Wer nicht rechts wählt, wählt damit die Handlanger Frankreichs.

Da aber nun den französischen Kreisen um Poincare und die Journe Industrielle kein schlechterer Dienst erwiesen werden kann, als wenn am 7. Dezember die Politik der Verständigung in Deutschland siegt und damit die Position der Gegner der französischen Nationalisten in Frankreich gestärkt wird, war von vornherein dieses Zitat mit Vorsicht aufzunehmen. Nun ist es uns noch nachträglich möglich, zu dem viel ausgeschlachteten Zitat folgendes klarzustellen und zu beleuchten, wie die erwähnte Presse es fertig bringt, den Sinn eines Zitats ins genaue Gegenteil zu verkehren. Nachdem die erwähnte Pariser Zeitung gesagt hatte, daß ein Erfolg der demokratischen Partei ein Erfolg für Frankreich sei, fuhr sie fort:

„Dies ist die These Herriots, die uns Franzosen zeigt, wie unklar und gefährlich die Politik der jetzigen Regierung Frankreichs ist. Die Ziele der deutschen Demokratischen Parteien sind vollkommen identisch mit den Zielen der Westarp, Hergt und Genossen, nur ist **die Politik der Demokraten und des Zentrums noch gefährlicher als die unverhüllte Reaktion**, weil sie vorsichtiger in der Wahl ihrer Mittel ist."

Die Journe Industrielle wollte also weiter gar nichts sagen, als daß Herriot auf dem falschen Wege sei, wenn er glaube, daß ein Sieg der demokratischen Parteien Deutschlands am Wahltage einen Erfolg für Frankreich darstelle, daß dieser Sieg im Gegenteil viel gefährlicher für Frankreich sei, als ein Sieg der deutschen Rechtsparteien. Daraus nun das genaue Gegenteil zu konstruieren, ist wirklich eine „Kunst", die wir allerdings der Rechten nicht ablernen möchten. Denn es gibt eine juristische Definition, die heißt „Wissentliche Entstellung oder Unterdrückung der wahren Sachlage" und der juristische Begriff für den diese Definition gilt, heißt „gemeiner Betrug".

47 Wahlvorschläge.

Die Hoffnungen, daß nach den niederdrückenden Erfahrungen der Parteizersplitterung bei der Wahl vom 4. Mai diesmal ähnliche Vorgänge ausgeschaltet werden, sind leider nicht gerechtfertigt worden. Was am 4. Mai geleistet wurde, war schon stark, aber der Gipfel soll offenbar erst jetzt erreicht werden. So sehen wir uns jetzt nicht weniger als 25 Wahlvorschlägen für die kommenden Reichstagswahlen und 22 Wahlvorschlägen für die preußischen Landtagswahlen gegenüber. Auf stark eine Million deutscher Einwohner kommt also eine Partei!

Bei den Reichswahlvorschlägen erscheinen fast alle kleinen Gruppen und Grüppchen wieder, die auch bei der Wahl vom 4. Mai auf den Plan getreten sind. So ist wieder der Häuserbund zur Stelle, der diesmal aber geschwächt ist, nachdem sich einer der Hauptapostel, der frühere Münchener Volksschullehrer Stark vom Häuserbund getrennt hat und — wie das unter Deutschen nun einmal üblich ist — mit einer eigenen Partei, nämlich dem „Starkbund" auftritt. Das ist zwar ein Unfug, aber uns Deutschen geht es ja so herrlich, daß wir uns das alles leisten können!

Nachdem nun einmal die Frage der „Aufwertung" so eine ganz besondere Rolle spielt, haben sich das natürlich die politischen Deutschen garnicht entgehen lassen können und dafür sofort gleich drei neue Parteien gebildet. So erscheint unter den Wahlvorschlägen eine Deutsche Aufwertungs- und Wiederaufbaupartei und ein Reichsbund für Aufwertung. Auch das ist zwar ein greulicher Unfug, der jede Hoffnung, daß in bestimmten Volksschichten sich endlich einmal ein politischer Sinn herausbildet, schwinden läßt. Aber das miserable Wahlgesetz, das wir haben, gestattet nicht nur, sondern begünstigt auch einen solchen Unsinn!

Es wird in der Tat höchste Zeit, daß sich der neue Reichstag sofort mit der Reform des Reichswahlgesetzes beschäftigt, das allerdings schon längst unter Dach und Fach hätte sein können, wenn nicht so manche der Volksboten um ihre Sitze gebangt hätten. Denn das ist sicher, daß im Zeichen eines anderen Wahlrechts, wenn es wieder auf die Persönlichkeit des Abgeordneten auf seine Tüchtigkeit und Werbekraft im Wahlkampf

Kurze Berichte vom Tage.

Die Bergarbeiterorganisationen haben beschlossen, das Ueberzeitabkommen für den Ruhrbergbau am 30. November zum 31. Januar zu kündigen. Im Braunkohlenbergbau Mittel-Deutschlands ist gleichfalls die Kündigung des Ueberzeitabkommens erfolgt.

*

Reichsminister Dr. Jarres darf sein Amt als Oberbürgermeister von Duisburg wieder antreten, sobald das neue Reichskabinett gebildet ist.

*

Die republikanische Senatsgruppe hat den Senator Lafollette, der bei den letzten Parlamentswahlen kandidierte, und drei andere Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen.

*

Wie Newyork Herald aus Newyork meldet, führte der Staatssekretär für den Handel, Hoover, über die Wirkungen des Dawesplanes in einer Besprechung aus, daß die Weltstahlindustrie schon jetzt die deutsche Konkurrenz zu spüren beginne.

*

Die angesehene Diamant-Firma Vender in Antwerpen hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven sollen 12 Millionen Franken betragen.

Ein schlimmer Feind der deutschen Zukunft

ist die politische Müdigkeit und Wahlfaulheit. Es ist wirklich nicht zuviel verlangt, zur Sicherung einer bewährten Politik, zur Abwehr der Katastrophenpolitiker von rechts und links am Wahltage ein halbes Stündchen zu opfern und sein Wahlrecht auszuüben. Der billige Einwurf: Ich kann ja doch nichts dadurch ändern! gilt nicht für den pflichtbewußten Staatsbürger, denn

jede Stimme zählt!

in unmittelbarer Fühlungnahme mit der Bevölkerung ankommt, so mancher Stern, am gegenwärtigen politischen Himmel verblassen wird! Aber schließlich ist der Reichstag die höchste Instanz, die ein demokratisches Deutschland sich geben kann, und dafür sind eben die besten und fähigsten Köpfe erforderlich, die sich in hartem Ringen durchsetzen müssen und sich nicht darauf verlassen können, kraft Geltendmachung besonderer Interessen förmlich ernannt zu werden. Die Kandidatenaufstellung muß wieder aus dem Dunkel der Kulissenberatungen heraus in das helle Licht der Oeffentlichkeit. Es wird freilich nicht leicht sein, in diesem Sinne das Wahlrecht so zu reformieren, wie es dem wohlverstandenen politischen Interessen des Volkes entspräche.

„Partei für Volkswohlfahrt".

WTB Berlin, 26. Nov. Der Reichsbund Deutscher Mieter teilt mit: „Von Außenseitern der deutschen Mieterbewegung ist die Meldung verbreitet worden, daß die Mieterorganisationen sich nicht mit eigenen Listen an den Wahlen beteiligen. Entgegen dieser Tendenznachricht wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Mieterorganisationen teilweise in Verbindung mit gleichgerichteten Organisationen sich in 10 Wahlkreisen an den Reichs- und preußischen Landtagswahlen zu gemeinsamem Vorgehen in der „Partei für Volkswohlfahrt (Mieterschutz und Bodenrecht)" zusammengeschlossen haben."

Wie Preußen innere Kolonisation treibt.

10 000 Neusiedlungen und nahezu 100 000 Anliegersiedlungen geschaffen. — Die Auflösung der Fideikommisse.

In der Reihe der Arbeiten zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes steht in Deutschland die Siedlungs- und Kulturarbeit des Preußischen Landwirtschaftsministeriums unbedingt mit an erster Stelle. Hier seien nur kurz einige Ziffern und Tatsachen für die Siedlungstätigkeit und die damit zusammenhängende Aufteilung und Auflösung der Fideikommisse gegeben. Auf die übrigen Arbeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Meliorationen und Oedlandskultur wird in einem zweiten Artikel eingegangen werden.

In den verflossenen vier Jahren haben die preußischen Siedlungsorgane Gelegenheit gehabt, das im Reichssiedlungsgesetz niedergelegte Siedlungsprogramm an der Hand der preußischen Ausführungsvorschriften in Angriff zu nehmen und weiter zu fördern.

Die kolonisatorische Tätigkeit erhielt einen neuen Antrieb durch das Reichsgesetz über die Ergänzung des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919, nach dem für die Ansiedlung der infolge der Abtretung deutschen Gebietes verdrängten Ansiedler, Pächter und Angestellten von den Landlieferungsverbänden im Jahre 1923 40 000 Hektar besonders zur Verfügung zu stellen waren. Von diesen 40 000 Hektar entfielen auf Preußen 34 500 Hektar, die durch die preußische Ausführungsanweisung vom 15. Juni 1923 auf die landlieferungspflichtigen Provinzen verteilt worden sind. Diese Fläche ist zum größten Teil im Wege der Enteignung und durch freiwillige Bereitstellung der lieferungspflichtigen Eigentümer beschafft. Von den aus den abgetretenen Gebieten stammenden

Flüchtlingssiedlern

sind bis Ende 1923 1673 angesetzt und außerdem 258 vorläufig als Arbeiter auf den zur Siedlung bestimmten Gütern untergebracht worden.

Auch bei der

Auflösung der Fideikommisse

ist den Siedlungsinteressen nach Möglichkeit Rech-

nung getragen. Vollständig aufgelöst sind bisher 476, in der Zwangsauflösung begriffen 1218 Fideikommisse. Soweit Wald fideikommissarisch gebunden war, ist bei der Auflösung im Interesse seiner Erhaltung in allen Fällen entweder ein Waldgut oder ein Schutzforst gebildet worden.

Der Personalabbau wird abgebaut!

Einer amtlichen Mitteilung entnehmen wir:

Infolge der Auflösung des Reichstages ist der Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Aenderung der Personal-Abbauverordnung nicht mehr verabschiedet worden. Die Reichsregierung hat deshalb, wie die Allgemeine Parlamentarische Korrespondenz erfährt, auf Anregung des Reichsfinanzministeriums die Frage geprüft, ob die geplanten Verbesserungen der Personal-Abbauverordnung etwa im Wege der Verwaltungsanordnung durchführbar seien.

Zu einigen wichtigen Punkten, wie Art. 10 (Kürzung von Versorgungsbezügen bei Privateinkommen), Art. 14 Abs. 3 (Fürsorge für entlassene verheiratete weibliche Beamte, Art. 16 (Betriebsrätegesetz) und gesetzliche Regelung der Bezüge wiederbeschäftigter Wartegeldempfänger hat sich eine solche Regelung wegen des zwingenden Charakters der geltenden Gesetzesbestimmungen nicht ermöglichen lassen. Dagegen können andere wesentliche Punkte schon jetzt berücksichtigt werden. — Die Reichsregierung hat infolgedessen im Verwaltungswege bestimmt, daß der grundlegende Art. 3 der Personal-Abbau-Verordnung (Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand) vom 1. Januar 1925 nicht mehr allgemein, sondern nur noch in den Reichsverwaltungen anzuwenden ist, in denen auf Grund eines ausdrücklichen Beschlusses der Reichsregierung ein weiterer Personalabbau wegen besonderer Gründe ausnahmsweise noch als erforderlich erachtet wird. Darüber hinaus ist zu Gunsten der Beamten beabsichtigt, in der dem neuen Reichstag vorzulegenden Personalabbau-Novelle eine Gesetzesvorschrift zu treffen; nach der mit dem Inkrafttreten der Novelle der Art. 3 der Personalabbau-Verordnung nur noch in solchen Reichsverwaltungen anzuwenden ist, die durch besonderes Gesetz zu Abbauverwaltungen erklärt sind. Die schwebenden Erwägungen werden bald zum Abschluß gelangen. In diesem Zusammenhange werden auch die Abbauvorschriften für Angestellte eine entsprechende Abänderung erfahren.

Die Reichsregierung hat ferner angeordnet, daß schwerbeschädigte Beamte und Angestellte wegen verminderter Leistungsfähigkeit, die auf ihrer Beschädigung beruht, nicht mehr abgebaut werden dürfen; daß besonders geschützte Angestellte (z. B. schwerbeschädigte und versorgungsberechtigte) tunlichst nicht mehr entlassen werden sollen, und daß Kündigungen von verheirateten weiblichen Beamten und Angestellten künftig derart zu bewirken sind, daß die Entlassung bereits sechs Wochen vor Schluß (statt bisher zum 1.) des Monats mitzuteilen ist, mit dessen Ablauf der Austritt erfolgen soll.

Zur Frage der Lehrervorbildung.

Berlin, 27. Nov. Im Einverständnis mit dem Reichsministerium des Innern ist ein Siebenerausschuß eingerichtet worden, an dem auch die Länder beteiligt sind. Dieser soll für eine möglichste Einheitlichkeit der Lehrerbildung wirken. Die Länder mußten bei dem Fehlen eines Reichsschulgesetzes von sich aus die Lösung des Problems in die Hand nehmen. Dabei hat sich naturgemäß eine gewisse Buntscheckigkeit ergeben. In Hamburg haben die künftigen Volksschullehrer den neunjährigen Besuch einer höheren Lehranstalt und daran anschließend ein zwei- oder dreijähriges Universitätsstudium nachzuweisen. Aehnlich ist die Ausbildung in Thüringen und Sachsen geregelt. Bayern will dagegen nicht die Universitätsausbildung, sondern eine verbesserte Seminarausbildung. Die preußische Unterrichtsverwaltung will unter keinen Umständen die alten Seminare wiedereinführen, aber sie hält auch die Ausbildung an der Universität für bedenklich. In Preußen sollen Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Lehranstalten sich das Reifezeugnis erwerben und dann die Pädagogische Akademie. Als zweckmäßigste höhere Lehranstalt für Volksschullehrer wird die Deutsche Oberschule angesehen, deren Hauptaufgabe in der Vermittelung des deutschen Kulturgutes an die Schüler besteht. Die Pädagogische Akademie, die zwei Jahre besucht werden muß, soll keine Hochschule im eigentlichen Sinne sein. Die in Sachsen und Thüringen mit dem Universitätsbesuch der Volksschullehrer gemachten Erfahrungen sollen nicht allzu günstig sein. Eine größere Einheitlichkeit in der Vorbildung der Volksschullehrer wäre auch aus dem Grunde zu erstreben, damit der Lehreraustausch zwischen den einzelnen Ländern erleichtert wird. Das Fehlen dieser Einheitlichkeit hat für die preußischen Finanzen und für die preußische Lehrerschaft recht bedenkliche Folgen gehabt. Der Hauptverlust nach dem Versailler Friedensdiktat hat in erster Linie Preußen getroffen, es war aber nicht möglich, die vielen aus dem abgetrennten Gebiet zurückflutenden preußischen Lehrer auch in anderen Ländern unterzubringen. So mußte Preußen allein die Unterbringung übernehmen, und die Folge ist, daß jetzt noch 28 000 preußische Junglehrer beschäftigungslos sind.

Die preußische Unterrichtsverwaltung wollte bekanntlich bei der Reform des höheren Schulwesens auch der Philosophie einen wesentlichen Einfluß im Unterrichtswesen einräumen. Es war zunächst geplant, eine besondere Stunde für philosophische Lektüre einzurichten. Die Unterrichtsverwaltung weist darauf hin, daß sie auf die Stunde für philosophische Lektüre schließlich habe verzichten müssen. Das wesentlichste Hindernis habe darin gelegen, daß in der Lehrerschaft bisher noch die nötigen Kräfte für diese Unterrichtszweige fehlen. Die Unterrichtsverwaltung will, wie sie mitteilt, keinesfalls darauf verzichten, eine philosophische Durchdringung des gesamten Unterrichts an den höheren Lehranstalten mit allen Kräften durchzuführen.

Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum.

WTB Berlin, 28. Nov. In der Hauptausschußsitzung des Vereins für das Deutschtum im Auslande wurde eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die eine noch ausgedehntere Unterstützung der schwerbedrängten auslandsdeutschen Studenten, die Auswanderungsfrage, die Jugendwanderungen im Grenz- und außerdeutschen Gebiet (Schaffung eines Wanderfonds) und die Ausdehnung der Stipendiengewährung auf geeignete auslandsdeutsche Handwerker usw. betreffen. Eine vom Landesverbande Bayern eingebrachte Entschließung ersucht die Reichsregierung, für die Lage der deutschen Minderheiten im allgemeinen und im besonderen für die bedrängten Deutschen in Südtirol bei jeder sich bietenden Gelegenheit einzutreten. Zum Ort der nächsten Hauptversammlung wurde auf Einladung des österreichischen Verbandes Kufstein gewählt.

Zur Umwandlung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut.

Berlin, 29. Nov. Zur Frage der Umwandlung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut will die Vossische Zeitung erfahren haben, daß die Reichsregierung zwar die alsbaldige Errichtung der Rentenbankkreditanstalt für sehr dringend halte, daß aber dafür der Weg der Verordnungen nicht im Vordergrunde der Erwägungen stehe. Es werde zur Zeit die Frage geprüft, ob die Rentenbankkreditanstalt nicht zunächst in der Form einer Privataktiengesellschaft konstituiert werden könnte, wobei die endgültige Regelung auf gesetzlichem Wege vorbehalten bliebe. Eine Sitzung des Reichsrates werde sich zu Beginn dieser Woche mit der Frage beschäftigen. — Mehrere Blätter melden, daß das preußische Kabinett nach wie vor der Auffassung sei, daß der Entscheidung des neuen Reichstages nicht durch eine Verordnung vorgegriffen werden dürfe.

Ausland.

Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich über die Fundierung der französischen Kriegsschuld.

WTB Washington, 28. Nov. (Funkspruch.) Zwischen Vertretern der amerikanischen und französischen Regierung haben heute Besprechungen über die Grundlage der Fundierung der französischen Kriegsschulden begonnen.

Zu den Unruhen in Aegypten.

WTB Kairo, 28. Nov. Die am heutigen Tage vorgenommenen Verhaftungen erstrecken sich auf einige Abgeordnete und einige republikanische Studenten. Aus Chartum liegen bisher noch keine Nachrichten über die Meuterei vor, doch wird bekannt, daß sich die Bewegung nur auf das 11. sudanesische Bataillon erstreckt. Durch Flugzeuge wurde festgestellt, daß in den großen Städten Aegyptens Ruhe herrscht.

Macdonald über die Ereignisse in Aegypten.

WTB London, 29. Nov. Ramsay Macdonald kritisierte in einer Rede über die Ereignisse in Aegypten mit Schärfe die von den ägyptischen Nationalisten verfolgte Politik, tadelte aber auch das Vorgehen der britischen Regierung, welche das beklagenswerte Ereignis der Ermordung des Sirdar mit gewissen politischen Fragen verquickt habe, die nur durch ein Abkommen gelöst werden könnten. Macdonald sagte, er bedauere, daß die Behandlung der ägyptischen Angelegenheiten England großen Schaden in den Augen der Welt getan habe. Er hoffe, daß Großbritannien alle Streitfragen, die die ägyptische Angelegenheit betreffen, an den Völkerbund verweisen und um ein Mandat ersuchen werde, auf Grund dessen es für die Verwaltung des Sudans verantwortlich bleiben würde.

Die Antwort der Sowjetregierung auf die beiden britischen Noten vom 21. November.

WTB London, 28. Nov. Heute nachmittag sind die Antworten der Sowjetregierung auf die beiden britischen Noten vom 21. November dem Foreign Office überreicht worden. In der ersten erklärt Rakowski, die Sowjetregierung bedauere die Ablehnung des allgemeinen Handelsvertrages vom 8. August aufs lebhafteste und könne keinerlei Verantwortung für die Unzufriedenheiten übernehmen, die der Beschluß der britischen Regierung in beiden Ländern verursachen wird. Die zweite Note Rakowskis weist darauf hin, daß der von dem letzten Kabinett mit der Untersuchung des Sinowjewbriefes betraute Ausschuß festgestellt habe, daß weder die Regierung noch irgend eines der Aemter das Originaldokument gesehen haben. Daher betrachtet die öffentlichr Meinung der ganzen Welt den Sinowjewbrief als eine unzweifelhafte Fälschung. Die Sowjetregierung sei daher aufs höchste überrascht, daß die jetzige Regierung Großbritanniens eine unbewiesene und unbestimmte Erklärung abgebe, daß das Dokument echt sei. Die Sowjetregierung bedauert, daß die britische Note vom 21. November einer direkten Antwort auf die Frage eines Schiedsgerichts ausweiche. Weiter wiederholt die Note die Erklärung über die vollständige politische und administrative Unabhängigkeit der kommunistischen Internationale von der Sowjetregierung. Rakowski schließt, seine Regierung habe ihn ersucht, zu erklären, daß sie die von ihr übernommenen Verpflichtungen loyal durchgeführt habe, sie auch in Zukunft nach Grundsätzen der Gegenseitigkeit durchführen werde.

Von der Reparationskommission.

WTB Paris, 30. Nov. (Drahtb.) Die Reparationskommission hat heute eine Sitzung abgehalten. In dieser hat der General-Agent für die Reparationszahlungen Gilbert, der von Berlin gekommen war, einen Bericht über seine Verwaltungstätigkeit abgegeben. Die Sitzung war der Berufung reiner Verwaltungsfragen gewidmet. Ferner bezog sie sich hauptsächlich auf die Durchführung und die technische Einführung des Generalagenten in Berlin. Der Generalagent gab der Reparationskommission Kenntnis von gewissen Schwierigkeiten, auf die er gestoßen sei, besonders hinsichtlich der Absetzung des Wertes der Reparationslieferungen und Verteilung der Summen, die bisher von Deutschland in Ausführung des Dawesplanes eingegangen sind. Er habe die Kommission gebeten, ihm in dieser Angelegenheit einige Anweisungen zu geben, wenn die interalliierte Finanzministerkonferenz keine prozentualen Anteile an den Reparationszahlungen für die einzelnen Regierungen festgesetzt haben werde.

Herr Generalagent Gilbert wird kommenden Montag an einer Sitzung des Transfer-Komitees in Berlin teilnehmen. Er begibt sich daher heute abend wieder nach Berlin zurück. Die Reparationskommission hat ferner die Lieferung von 2500 Tonnen Stickstoffdüngemitteln für November und Dezember genehmigt.

Handelsvertragsverhandlungen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

WTB Berlin, 27. Nov. Französische Blätter bringen ungünstige Nachrichten über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Die hiesigen Blätter nehmen dementgegen an, daß die Verhandlungen ihren programmäßigen Fortgang nehmen. Die Sachverständigen sind sämtlich in Paris eingetroffen.

Günstiger Stand der deutsch-englischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Die zwischen Berlin und London gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages sind in den letzten Tagen sehr rasch fortgeschritten. Das ist dadurch möglich geworden, daß über die Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, wegen deren die Handelsvertragsverhandlungen auch mit Frankreich auf einen toten Punkt zu geraten drohten, inzwischen insofern sich auszugleichen scheinen, als man ein Kompromiß zu schaffen sucht, das beiden Teilen, vor allem aber auch den berechtigten deutschen Wünschen gerecht wird. Insbesondere wird es sich um die Erhebungsart und Erhebungsform dieser Abgabe handeln, um technische Einzelheiten also, die allerdings die deutsche Industrie und den deutschen Handel ganz außerordentlich belasteten. In Verbindung damit steht die Aufhebung anderer Hemmungen, die sich namentlich auf Betätigung deutscher Unternehmungen und deutschen Banken in England erstreckten, und die nun ebenfalls auf dem Kompromißwege ausgeglichen werden sollen. England hat seinerseits ein besonderes Interesse an einer besonderen Behandlung der Erzeugnisse der englischen Maschinen und Eisenindustrie. — Man muß sich klar darüber sein, daß gerade die Behandlung über diesen Punkt eine besondere Beachtung beansprucht, da ja die Ausfuhrabgabe auf englisches Verlangen zurückgeht und Frankreich sich erst später angeschlossen hat. Wenn nun ein Kompromiß zustande kommt, der in das System dieser Abgabe eine Bresche schlägt, so wird die Rückwirkung von sehr großem Einfluß auch auf die jetzt schwebenden deutsch-franz. Verhandlungen sein. Frankreich wird seinen Standpunkt gegenüber dieser Abgabe nicht mehr in der gleichen Form und in demselben Umfang aufrechterhalten können, wenn England selbst als Schöpfer dieser Abgabe den früher eingenommenen Standpunkt aufgibt.

Einigung in den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen.

() **London**, 29. Nov. Die englischen Vertreter und die deutsche Delegation sind sich einig geworden sowohl über den Handelsvertrag wie über die 26proz. Exportabgabe. Ein weiterer Aufschub der endgültigen Unterzeichnung ist nun lediglich dadurch verursacht, daß noch die Zustimmung des Generalagenten für die Reparationszahlungen und des Transferkomitees eingeholt werden muß, von dessen Entscheidung es abhängt, ob die vorbereiteten Abkommen am Montag unterzeichnet werden können.

Das deutsch-englische Handelsabkommen steht nun unmittelbar vor der Unterzeichnung. Es handelt sich zunächst um eine vorläufige Regelung, da zu Deutschland daran geht, ohnehin seine Handelsbeziehungen mit dem Ausland in ein einheitliches System zu bringen. Zwischen [illegible] eine bedeutsame Grundlage für den im Rahmen der übrigen offiziellen Handelsabnahmen demnächst zu schließenden Handelsvertrag zwischen Deutschland und England. Die jetzige Regelung dient dazu, die Fortdauer der bisherigen Handelsbeziehungen zu sichern, nachdem am 10. Januar 1925 die seitherigen Vereinbarungen ablaufen. Darüber hinaus aber ist dieses Abkommen auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt, insbesondere auch, was die Beteiligung der Vertreter der deutschen Handels-, Bank- und Finanzwelt in England selbst anlangt. Auch über andere wichtige Grundfragen sind Vereinbarungen erzielt worden, die für die kommenden endgültigen Vertragsverhandlungen von ganz besonderer Bedeutung sein werden. Diese Verhandlungen um die Schaffung eines endgültigen Handelsvertrages werden bereits im Januar 1925 aufgenommen.

Lohn- und Gehaltsfragen.

Ablehnung des Schiedsspruchs im Ruhrbergbau.

Berlin, 28. Nov. Die Vossische Zeitung meldet aus Bochum, daß die vier Bergarbeiterverbände gestern in gemeinsamer Sitzung beschlossen haben, den Schiedsspruch für den Bergbau abzulehnen.

Schiedsspruch im niedersächsischen Steinkohlenbergbau.

WTB Berlin, 28. Nov. In den Lohnverhandlungen im niedersächsischen Steinkohlenbergbau wurde einstimmig ein Schiedsspruch mit folgendem Hauptinhalt gefällt: Der Manteltarif ist bis zum

---

Michel Ehrlichs Waglzeiterlebnisse.

(„Ein politischer Roman".)

3.

Mit dem Frühzug des nächsten Tages begab sich Herr Ehrlich auf die Weiterreise nach Berlin. Weil er so spät zu Bett gegangen, fühlte er sich noch recht schläfrig und suchte ein leeres Abteil, um etwas von der versäumten Ruhe nachholen zu können. Das gelang ihm aber nicht; er mußte sein Abteil mit einem jungen Herrn in Seidenstrümpfen und Lackhalbschuhen und einem Anzug nach neuestem Schnitt teilen. Der junge Mann saß sehr selbstbewußt und steif da. Alle halben Minuten drückte er die Brust vor, riß mit Kraft die Augenlider hoch und fixierte mit strengem, energischem (sozusagen Adler-) Blick die gegenüberliegende Wagenwand. Ueberhaupt bemühte er sich krampfhaft vornehm (sozusagen distinguiert) auszusehen.

Herr Ehrlich erinnerte sich, daß er ähnliche Bemühungen und Studien vor dem Spiegel geübt, als er zum ersten Mal verliebt war. Zweifellos: der junge Mann war auch verliebt und übte sich darin, „zu imponieren". Immerhin konnte man ja einmal mit ihm ein Gespräch anknüpfen, denn der junge Herr zog eben eine Zeitung hervor, schien also auch politisch interessiert zu sein. Ueberdies prangte auf dem linken Rockumschlag ein zollgroßes Hakenkreuz.

Bald waren die beiden mitten im Gespräch und der junge Mann erzählte, daß er gestern im Bürgerbräukeller in einer Versammlung gewesen, wo Ludendorff gesprochen, zur selben Stunde, da die herausgeworfenen Verräter im Löwenbräukeller über diesen großen Mann geschimpft hätten.

„Es ist eine Schande", sagte der junge Mann, und bemühte sich, noch wichtiger auszusehen, was Herrn Ehrlich ziemlich lächerlich vorkam, „es ist eine Schande, wie man diesem großen Mann nachstellt. Dabei gibt es keinen, den man mit ihm vergleichen könnte. (Das schien Herrn Ehrlich zu stimmen). Unsere deutschvölkische Führerin Marie Diers hat dieser Tage in einer Versammlung in Berlin von ihm gesagt, die Standbilder solcher großen Männer gehörten in die Kirchen. Er habe sein Leben für seine Feinde gegeben und mehr noch sein Standesgefühl!"

Herr Ehrlich dachte, daß Ludendorff doch immer noch lebe und erinnerte sich daran, daß dieser große Mann einmal mit einem schwedischen Paß und blauer Brille ins Ausland flüchtete, als er sein wertvolles Leben für gefährdet hielt. Doch der blitzende Blick seines Gegenübers hielt Herrn Ehrlich ab, laut zu denken.

„Ja, sein Standesgefühl"!, fuhr der belackschuhte Jüngling fort. „Hier, ich will Ihnen vorlesen, was der Deutsche Aar dazu sagt: „Der äußerlich so lächerlich erscheinende Schritt der bayerischen Generalität, die Standesgemeinschaft mit Ludendorff aufzuheben, ist nur ein weiterer Schritt in der Loslösung Bayerns vom Reich. Diese verkalkten, im Götzenkult des vermorscht zusammengebrochenen „ancien regimes" schier verblödeten alten Excellenzen, von denen keine einzige sich als wirklich bedeutender Heerführer gezeigt hatte, sehen sich heute schon im Besitze von so schönen Pöstchen, wie Oberzeremonienmeister, Flügeladjutant oder wenigstens Leibschlüsselhinausträger und darum ihr Abrücken von dem großen Mann, vor dem sie während des Weltkrieges devotest die Hacken zusammenschlugen. Jetzt glauben sie die Zeit der Ernte in nächste Nähe gerückt. Als im November 1918 ein paar Maschinengewehre, von einigen beherzten Offizieren bedient, genügt hätten, um in München den ganzen roten Spuk im Handumdrehen zu erledigen, da verkrochen sich dieselben Excellenzen feige ins Mauseloch, keine von ihnen schützte den armen alten König, der bei Nacht und Nebel fliehen mußte."

Herr Ehrlich dachte wieder daran, daß damals doch auch Ludendorff auf dem Wege nach Schweden war und daß dieser große Mann beim Kapp-Putsch nur zufällig unter den Linden spazieren ging. Beim Hitlerputsch vor den Kugeln Schutz suchte in der Straßenrinne. Der gegenüber aber las weiter: „von diesen alten Uniformständern hat das deutsche Volk keine Führer in seinem Freiheitskampfe zu erwarten, sondern nur ein Königreich Bayern unter dem Schutze französischer Bajonette, indem der Krummstab und der Polizeisäbel regieren würden." So, das steht im Aar. Das nenne ich eine deutsche Sprache, bitte, wenn Sie selbst einmal lesen wollen."

Und Herr Ehrlich las, las auch noch einen Aufsatz von einer „Schwester" aus einem jungdeutschen Orden mit Namen Milli Köster, die versuchte, sich über das Problem, ob es verdienstlicher sei, zu lieben oder zu hassen, klar zu werden und schrieb:

„Meiner Gegenüberstellung von Christentum und germanischer Religion begegnet oft die Erwiderung: „Die germanische Religion, wie die Edda sie uns überliefert, kann ich nicht gutheißen, sie duldet den Haß, das Christentum lehrt aber die Liebe und steht deshalb doch wohl höher." Das ist gewiß richtig dennoch hat der Haß Berechtigung und hohen Wert. — Also räumen wir dem Haß ruhig seinen Platz in unserem Inneren ein. Sind wir wirklich strebend bemüht, wird er uns durch die Jugendjahre begleiten, er ist ein Vorrecht dieser und wird richtig geleitet, zum Segen werden, unterdrückt aber zu schleichendem Gift in der Seele."

Da ging dem guten Herrn Ehrlich doch ein Schauder über den Rücken. Das wollte nun Deutschlands Zukunft schaffen, die „wahre deutsche Volksgemeinschaft!" Aber schließlich hatte ja auch der Liebling der Deutschnationalen, Oswald Sprengler erklärt, er freue sich darüber, daß das deutsche Volk wieder gelernt habe, zu hassen. Der junge Mann schien aus den Gesichtszügen Ehrlichs zu schließen, daß er ihn noch nicht ganz zum deutschvölkischen Standpunkt bekehrt habe, und bemühte sich weiter.

„Wir verlangen Führerpersönlichkeiten und sind glücklich, solche zu besitzen. (Herr Ehrlich unterdrückte die Frage: —— denn?) Sehen Sie sich z. B. die Deutschnationalen an, als sie in der Sackgasse waren und Hergt abjagen mußten, bestellten sie Herrn Winkler zum Führer, der nicht Reichstagsabgeordneter ist und infolgedessen weder zu den Ja- noch Nein-Sagern gehörte. Famose Lösung, haha, mit solchen Leuten wollen wir nichts zu tun haben. Reinhold Wulle, unser Gesinnungsgenosse, schreibt dazu mit Recht: „Kein Suada kann die Tatsache übertönen, daß die Deutschnationalen die Partei des permanten Umfalls sind. Wohin sie nach der Wahl fallen werden, keiner weiß es, kein Horoskop kann es künden und selbst der Kaffeesatz versagt." Sie hätten Tirpitz zum Parteivorsitzenden machen sollen, haha, das wäre so etwas gewesen. Der Mann schrieb nach seinem Buche „Erinnerungen" am 13. Oktober 1914 in sein Tagebuch: „Ich habe gelitten und leide noch mehr, daß unsere Politik der letzten Jahre wahrer Blödsinn war, und daß die Leitung des Reiches so total versagte und es noch tut. Nach dem Kriege gehe ich unter die Sozen.

„Haha, ein Soze als Vorsitzender der Deutschnationalen, ja, dann wären sie richtig abgestempelt. Ueberhaupt, unsere Gedanken über diese Leute hat Dr. Hamann als Helle da eben im Deutschen Tageblatt treffend niedergelegt. Darf ich Ihnen vorlesen?

„Wenn ich in deutschnationalen Versammlungen bin, so kann ich mich eines bitteren Gefühles nicht erwehren: Glänzende Reden, feurige Attacken gegen das heutige System und wenn ich mich dann frage: was wollen die Leute eigentlich tun zur Rettung? Was bringen sie Positives? Nichts! Sie bekämpfen Symptome, aber nicht die Grundkrankheit. Und wo ist in praxi das wirkliche Verständnis für die wirkliche Notlage des Volkes? Man kennt so manche schwarz-weiß-rote Herren auf dem Lande, deren Arbeiter mit ihren 6—10 Mark wöchentlich und ein bischen Deputat nicht wissen, wie sie satt werden sollen. Und man kennt auch so manche schwarz-weiß-roten Fabrikherren, die ihre Arbeiter mit 15—20 Mark Wochenlohn in elenden Hütten hausen lassen und nicht wissen, ob ihnen nicht über Nacht ihre ganze Bruchbude über dem Kopf zusammenfällt! Glaubt man ernstlich, daß diese „Proletarier" mit dem Schlagrufe Hie schwarz-weiß-rot allewegel allein zu begeistern sind?"

(Fortsetzung folgt.)

30. September 1925 verlängert worden. Das bisherige Urlaubsabkommen und das Mehrheitsabkommen ist gleichfalls verlängert worden. Sie können ab 1. Januar 1925 mit sechswöchiger Frist gekündigt werden, und zwar nur gemeinsam. Der tarifliche Durchschnittslohn ist ab 1. Dezember 1924 auf 3,95 Mark festgesetzt worden.

Schiedsspruch im oberschlesischen Bergbau.

WTB **Beuthen**, 28. Nov. In einer unter dem Vorsitze des vom Reichsarbeitsminister zum Schlichter in den Lohnstreitigkeiten im oberschlesischen Bergbau ernannten Oberregierungsrats Brandes heute nachmittag zusammengetretenen Schlichterkammer wurde, wie die Ostdeutsche Morgenpost meldet, da eine Stimmenmehrheit nicht zu erreichen war, vom Vorsitzenden und den beiden unparteiischen Beiräten ein Schiedsspruch gefällt, der dahin geht, daß im oberschlesischen Kohlen- und Erzbergbau ab 16. 11. eine Lohnerhöhung von 7 Prozent eintreten wird. Die Erklärungsfrist über die Ablehnung oder die Annahme des Schiedsspruches läuft bis zum 15. Dezember 1924.

Soziales.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

VDZ. **Berlin**, 29 Nov. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Beamtengehälter und der Kriegsbeschädigtenrenten beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium eine Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen. Der für die Erwerbslosenfürsorge aus Vertretern der Arbeitnehmerorganisation besteht, wurde in mehrstündigen Beratungen gehört. Die vom Ministerium bisher noch vertraulich behandelten Sätze [illegible] vertretern als zu niedrig bezeichnet; ebenso wurde dagegen Widerspruch erhoben, daß die Erhöhung erst am 15. Dezember in Kraft treten sollte. Ueber die Höhe der Sätze wird noch zwischen den einzelnen Ressorts evtl. auch mit den Landesregierungen verhandelt werden; dagegen haben die Vertreter der Regierung sich bereit erklärt, die Erhöhung bereits am ersten Dezember in Kraft treten zu lassen.

Erhöhung der Renten.

WTB **Berlin**, 30. Nov. (Drahtb.) Die Renten- und Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte, sowie sonstige Militärrentner sind mit Wirkung vom 16. cr. ab entsprechend durch Aenderung der Versorgungsgebührnisse für die Beamten der Gruppe 1—6 erhöht worden. Infolgedessen ist an die Stelle der bisher geltenden Rentenerhöhung mit 4 Prozent eine solche um 15 Prozent getreten. Da die Versorgungsämter für die Rentenzahlung Ende November nur die bisher geltende Rentenerhöhung von 4 Prozent berechnen können, wird die Nachzahlung für die Zeit vom 16. November 1924 mit der neuen Rentenzahlung für den Monat Januar 1925 verbunden werden, sodaß für die Januarzahlung eine Rentenerhöhung von insgesamt 32 Prozent in Betracht kommt. Bei den Zusatzrenten wird die Stelle der sozialen Fürsorge die Rentenerhöhung um 15 Prozent bereits bei der Dezemberzahlung (Mitte des Monats Dezember) berücksichtigen und damit die Nachzahlung für die Zeit vom 16. November ab verbinden, sodaß für diese Zahlung eine Rentenerhöhung um rund 21 Prozent in Frage kommt.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Arnsberg

am 21. November 1924.

1) Der Geschäftsführer erstattet einen kurzen Bericht über die im laufenden Monat behandelten wichtigern Angelegenheiten, u. a. Zugehörigkeit juristischer Personen zum Handwerk, Preisbildung im Handwerk, Forderungen des Handwerks zu den Reichs- und Landtagswahlen, Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer, Nachprüfung der Vereine im Schmiedehandwerk mit der Landwirtschaftskammer. Zugehörigkeit von Handwerksbetrieben zur Handels- oder Handwerkskammer, Herausgabe eines Berichtes über die wirtschaftliche Lage im Handwerk, Erstattung von Gutachten über Gewerbesteuerzuschläge und Beitragsbeschlüsse für Berufsschulen, Schädigung des Metzgerhandwerks durch Werkschachtungen, Beschwerden betr. Kammerbeiträge usw.

2) Der Kassenführer legt einen Kassenbericht vor, der bei sparsamster Verwaltung es ermöglichen wird, von einer weiteren Beitragserhebung bis 31. März 1925 abzusehen.

3) Die Vollversammlung der Handwerkskammer soll am 10. Dezember in Siegen stattfinden; die vorläufige Tagesordnung wird durchberaten und der Vorsitzende mit der endgültigen Festsetzung der Tagesordnung betraut.

Es scheiden aus im Wahlbezirk 1 2 Mitglieder, im Wahlbezirk 2 5 Mitglieder, im Wahlbezirk 3 2 Mitglieder, im Wahlbezirk 4 3 Mitglieder, sowie dieselbe Anzahl Ersatzmänner.

Von den Handwerker- und Gewerbevereinen im Wahlbezirk 1 1 Mitglied, im Wahlbezirk 2 1 Mitglied, im Wahlbezirk 3 und 4 1 Mitglied.

Vom Gesellenausschuß scheiden 5 Mitglieder und Ersatzmänner aus.

5) Eine Bürgschaftsübernahme für die Abteilung Lebensversicherung der Westdeutschen Versicherungsabteilung soll der Vollversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

6) Dem Stellmachermeister Spielmann in Sundern und dem Oberfaktor Gummersbach in Olpe verlieh der Vorstand je eine Ehrenurkunde.

7) Einem Lehrling wurde für die sehr gut bestandene Gesellenprüfung als Anerkennung ein Fachwerk bewilligt.

8) Zum Schluß beschäftigte sich der Vorstand noch mit einer Anzahl Verwaltungsarbeiten.

Krankenversicherung des Mittelstandes.

Die Westdeutsche Versicherungsanstalt für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende A.-G. in Dortmund hat heute einen Versicherungsbestand von 150 000, ein Beweis für die Beliebtheit und Güte der Anstalt.

Die Versicherungsanstalt gewährt Arzvergütung, vollwertige Medikamente, Krankengeld, kleine Heilmittel, Operationskostenzuschuß, Wochenhilfe, Zahnbehandlung und Sterbegeld. (Dauer der Krankenhilfe 26 Wochen).

Auskunft erteilt die Hauptverwaltung in Dortmund; in **Arnsberg die Ortsstelle der Versicherungsanstalt Brückenplatz Nr. 15 (Handwerkskammer).**

Erhöhung der Steuersätze für Wanderläger.

Die Beseitigung der Mißstände im Wanderlagergewerbe ist eine alte Forderung des gewerblichen Mittelstandes. In den letzten Jahren hat das Wanderlagergewerbe eine Ausdehnung angenommen, die zu seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung in gar keinem Verhältnis steht. Die Berechtigung der Existenz von Wanderlägern wird mit den Schwierigkeiten begründet, die die Versorgung ländlicher, verkehrspolitisch wenig erschlossener Gebiete mit den Dingen des notwendigen Lebensbedarfs macht. Heute sind sie aber noch mehr als in diesen Gebieten in den Städten zu finden und machen hier dem seßhaften Einzelhandel, der den Bedarf der Bevölkerung vollauf zu angemessenen Preisen und guter Qualität decken kann, Konkurrenz.

Diese in wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht begründete Vermehrung der Wanderlagerbetriebe ist zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen, daß der Betrieb eines Wanderlagers in steuerlicher Hinsicht besser gestellt ist, als der stehende Gewerbebetrieb. Der letztere ist mit Steuern, besonders der ihn allein treffenden Gewerbesteuer, weit über seine Leistungsfähigkeit und über das im Frieden übliche Maß hinaus belastet. Die Wanderlagersteuer beträgt dagegen nur einen Bruchteil des Vorkriegssatzes, der auch schon immer als zu niedrig bezeichnet werden mußte. Aus Gründen steuerlicher Gerechtigkeit ist daher unbedingt eine Erhöhung der Sätze der Wanderlagersteuer anzustreben, damit diese gänzlich ungerechtfertigte Möglichkeit ungleichen Wettbewerbs oder ungerechtfertigt hohen Verdienstes beseitigt wird.

Kommunalpolitische Kundgebung in Wenden.

Bei ungewöhnlich starkem Andrange fand am Mittwochabend die von der Zentrumspartei des Amtes Wenden veranstaltete kommunalpolitische Kundgebung statt. Der Amtsvorsitzende, Justizobersekretär Avenarius-Olpe, hob einleitend hervor, daß oberste Richtschnur jeglicher kommunalpolitischer Arbeit die Förderung des Gesamtwohles, der Wohlfahrt sämtlicher Gemeindebürger sein müsse. Die Frage: „Wie helfen wir unserer Gemeinde, wie unserem Amte?, müsse im Vordergrunde der Beratungen stehen. Nur diese Fragestellung gebe der Kundgebung ihre Berechtigung und verbürge ihren Erfolg. Anschließend erstattete er Bericht darüber, was die Parteileitung unternommen habe, um die Ungültigkeitserklärung der am 4. Mai getätigten Amts- und Gemeindewahlen zu erwirken. An Stelle des in letzter Stunde am Erscheinen verhinderten Redners, Pfarrers Dr. Rech, übernahm der Vorsitzende das Referat über die bedauerlicherweise auch in ländlichen Zentrumskreisen noch umstrittene Frage:

Was haben die Gemeindeangelegenheiten mit Parteipolitik zu tun? Er führte aus, daß die Politisierung der kommunalen Parlamente aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen notwendig sei. Aus grundsätzlichen Gründen:

Die großen politischen Parteien sind und waren stets Repräsentanten bestimmter Weltanschauungen. Unzweifelhaft unterliegt die Politik, und zwar Politik im weitesten Sinne, Staats- wie Kommunalpolitik bestimmenden Beeinflussungen durch die einzelnen Weltanschauungen.

Der letzte, tiefste Grund ist und bleibt für jeden Politiker für die Entscheidung politischer, sowohl allgemeinpolitischer wie kommunalpolitischer Fragen die politische Weltanschauung, die Auffassung von den Aufgaben des Staates, der Gemeinde, von den Pflichten der Staatsbürger, der Gemeindeangehörigen. Der von den Vertretern der Ansicht: Parteipolitik gehört nicht in die Gemeindeverwaltung erblickte Gegensatz zwischen Staats- und Kommunalpolitik besteht in Wirklichkeit nicht. „Im Grunde sind es dieselben bedeutungsvollen Fragen, die im Staate wie in der Gemeinde an den Bürger herantreten und eine bestimmte Stellungnahme erheischen. Es geht schlechterdings nicht an, im kommunalen Leben seinen politischen Rock auszuziehen und gewissermaßen in allgemeinbürgerlichen Hemdsärmeln umherzugehen." (Trimborn).

Aus praktischen Gründen.

Ohne feste programmatische Grundsätze ist eine zielbewußte und erfolgreiche Kommunalpolitik unmöglich. Die politischen Parteien, insbesondere die Zentrumspartei, stellen sich über die Sonderinteressen der einzelnen Stände und erstreben das Wohl der Gesamtheit. Mängel der Parteipolitik liegen nicht in ihrem Wesen begründet, hafteu ihr nicht ursprünglich an, sondern sind Erscheinungen, die ihren Grund haben in dem übertriebenen Egoismus der einzelnen Stände. Gegner der parteipolitischen Gruppierung sind erfahrungsgemäß immer Wirtschaftsgruppen, die ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit ihre besonderen Standesvorteile suchen. Der fraktionsmäßige Zusammenschluß insbesondere der Zentrumskommunalvertreter ist notwendig zur kräftigen Wahrnehmung der Rechte der Selbstverwaltung gegenüber der Verwaltung, zur Ueberbrückung der Standesgegensätze auf der Grundlage des Zentrumsprogramms, vor allem auch zur kommunalpolitischen Schulung der Gemeindevertreter. Diese Gründe, insbesondere der letzte, lassen die Fraktionsbildung auch auf den Land als unumgänglich notwendig erscheinen, auch in den kommunalen Vertretungen, die Mitglieder nur einer Partei aufweisen. Wer anderer Ansicht ist, möge sich nur einmal die Frage vorlegen, wie viele Gemeindevertreter, Stadtverordnete, Kreistagsmitglieder die Landgemeinde-, Städte- oder Kreisordnung gelesen haben, das Ergebnis der wahrheitsgemäßen Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage dürfte erschütternd sein. — Unbeirrbar in der Ueberzeugung, daß es wohlerwogene sachliche Gründe sind, die für die parteipolitischen Kommunalwahlen und die Fraktionsbildung sprechen, muß von berufener Seite nach wie vor mit aller Kraft das Erbe eines Trimborn, die kommunalpolitische Vereinigung der deutschen Zentrumspartei gefördert und unterstützt werden. Kein Zentrumsmann sollte sich seiner parteipolitischen Ueberzeugung im kommunalen Leben schämen, sie ängstlich zu verbergen suchen, sondern offen und frei Farbe bekennen. Mehr Selbstachtung, mehr Ueberzeugungsstolz! Wenn Reichskanzler Dr. Marx Ehrenvorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung der deutschen Zentrumspartei ist, wenn führende Parteipolitiker Fehrenbach, Herold, Porsch zu ihren eifrigsten Förderern gehören, wenn der verstorbene uns vor allem nahestehende Prälat Hitze stets und überall ihre Bestrebungen unterstützt hat, dann darf die Frage: Weshalb Parteipolitik in der Gemeindeverwaltung für einen überzeugten Zentrumsmann keine Frage mehr sein. In der anschließenden, zeitweise etwas lebhaften Diskussion konnten von deutschnationaler Seite die Vorzüge der Arbeit einer gut geleiteten Fraktion nicht bestritten werden, es wurde aber die Bildung einer Fraktion auch auf Grund vorausgegangener allgemeiner Bürgerwahlen als möglich hingestellt. Nicht nur im deutschen Reichstage, auch im Amte Wenden gibt es Leute, die Opposition um der Opposition willen treiben. Von dieser Seite glaubte man auch dieses Mal auf die Aufstellung einer 2. Ueberpartei-Liste nicht verzichten zu können. Es ist bemerkenswert, daß sie ausgerechnet **von deutschnationaler Seite** jede nur irgend mögliche Unterstützung erfährt. Das sollte zu denken geben! Die Aufstellung der Kandidaten ging so vor sich, daß man von Ort zu Ort reiste, und nach tagelangem Drängen auf einigen Orten Zentrumsleute betörte, ihre Zustimmung zu der Aufnahme ihres Namens auf die Liste zu geben. Nun mutet man der Bevölkerung, die bei der Aufstellung der Liste überhaupt nicht gefragt ist, zu, solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Auf die Frage an den Wortführer der Ueberpartei, welches positive Ziel man mit der Aufstellung der 2. Liste verfolge, folgte peinliches Schweigen.

Die nachstehende Entschließung wurde von den zu mehreren hundert zählenden Versammlungsteilnehmern mit allen gegen 7 zum Teil nicht der Zentrumspartei angehörende Stimmen angenommen.

„Die Zentrumspartei des Amtes Wenden stellt mit Genugtuung fest, daß die Bemühungen der Partei um Anordnung neuer Amts- und Gemeindewahlen Erfolg hatten. Sie steht geschlossen auf dem Standpunkte, daß die Neuwahlen parteipolitisch vorgenommen werden müssen, da nur durch die Parteiwahlen und den fraktionsmäßigen Zusammenschluß der auf dem Boden derselben Partei stehenden Kommunalvertreter die Möglichkeit gegeben ist zu wahrer Selbstverwaltung zu gelangen. In der möglichst ausgedehnten Teilnahme der Bevölkerung an der Selbstverwaltung erblickt sie das wertvollste Mittel zur Förderung des Gemeindewohles und darüber hinaus zur Erziehung des Volkes zur Bejahung des staatlichen Gedankens. Mit Bedauern stellt sie fest, daß bei den letzten Gemeindewahlen einzelne Zentrumswähler dem Gedanken der Parteiwahlen ablehnend gegenüber standen. Die Zentrumspartei des Amtes Wenden erwartet von der kommunalpolitischen Einsicht dieser Parteimitglieder, daß sie am 7. Dezember wie bei den Wahlen zum Reichs- und Landtag, so auch zur Amts- und Gemeindevertretung geschlossen der Zentrumspartei ihre Stimme geben."

Die großartig verlaufene Kundgebung fand ihren Abschluß in einem kurzen Referat des Lehrers Schindler-Olpe über die Kulturpolitik der Zentrumspartei. Die mit hohem Idealismus vorgetragenen Ausführungen hinterließen tiefen Eindruck. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Zentrumspartei und ihren verehrten Chef, Reichskanzler Marx wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe

„ **Olpe**, 1. Dez. Am Freitag, dem 4. Dez., abends 6 Uhr, findet am Rathause eine **Stadtverordnetensitzung** mit folgender Tagesordnung statt: 1. Neuwahl des Schiedsmannes. 2. Antrag der Pallottiner um Niederschlagung von Baugebühren. 3. Antrag des Vikars Bücker als Präses des kathol. Jünglingsvereins auf Niederschlagung von Lustbarkeitssteuer. 4. Errichtung eines Kriegerdenkmals. 5. Zahlung einer Vergütung für Trockenlegung des Mühlengrabens an Herrn Tonis Hesse. 6. Beitrag für das Kinderheim Cäcilienstift. 7. Verlängerung des Fernsprechdienstes. 8. Uebernahme einer Bürgschaft für ein Baudarlehn. 9. Neubau von Wohnungen für Reichsbeamte. 10. Antrag des Emund Hesse und Stephan Schmitz auf Ueberlassung eines Bauplatzes in der Kortemicke. 11. An- und Verkauf von Grundstücken. 12. Verschiedene Unterstützungsanträge.

!! **Olpe**, 1. Dez. Am Donnerstag tagte im Hotel Kaiserhof eine gut besuchte **Wahlversammlung der Wirtschaftspartei des Mittelstandes.** Referent Dr. Baumgardt-Weidenau, Spitzenkandidat des Wahlbezirkes Westfalen-Süd, verbreitete sich eingehend über den Zweck und die Ziele der Mittelstandspartei. Nach den Ausführungen des Redners müssen die Steuergesetze und die Zwangsmaßnahmen im Wohnungswesen möglichst bald abgeändert werden, wenn nicht der Mittelstand unter den unerhörten Lasten in kurzer Zeit zusammenbrechen soll. Besonders hob der Referent hervor, daß die Wirtschaftspartei des Mittelstandes unbedingt eintritt für christliche Grundsätze, so auch besonders für die Erhaltung der christlichen Schule. (Man erinnere, sich nur der bisher sehr schwankenden Stellung dieser Partei in Weltanschauungsfragen. Die Schriftltg). Das Losungswort der Partei ist Einigkeit und Recht und Freiheit.

!—! **Olpe, 1. Dez. Kaiserhof-Lichtspiele.** Heute abend 8.30 Uhr ist letzmalige Aufführung des gestrigen Spielplans. (S. Anzeigel)

::: **Olpe**, 1. Dez. **Schutz den Blinden und Gebrechlichen.** In einer Reihe von Städten ist man dazu übergegangen, die Blinden, die sich auf der Straße fortbewegen müssen, mit besonderen Schutzabzeichen in Form einer gelben Binde mit drei schwarzen Punkten (den allgemeinen Haltzeichen für Autos und Fuhrwerke) auszustatten. Das Abzeichen soll dazu dienen, daß der gesamte Verkehr auf den Blinden entsprechende Rücksicht nimmt. Durch die einheitlich in den Städten durchgeführten Binde mit dem bekannten Haltzeichen würde dieser Zweck auf einfache und praktische Weise erreicht. Anläßlich der schwebenden Verhandlungen werden vielfach Wünsche nach der Richtung laut, auch den Taubstummen und Schwerhörigen das Anlegen einer solchen Schutzbinde zu gestatten. Auch diese Wünsche würden sich wohl ohne allzu große Schwierigkeiten erfüllen lassen.

„ **Olpe, 1. Dez. Zahlung der Krankenkassenbeiträge für Lehrlinge.** Die Handwerkskammer zu Arnsberg schreibt uns: Das Reichsversicherungsamt hat sich zu Anträgen aus berufsständischen Kreisen des Handwerks über die Höhe der Krankenkassenbeiträge für Lehrlinge, dahingehend geäußert, daß diese Klagen insofern nicht einer gewissen Berechtigung entbehren, als die Aufbringung der Beiträge für die unentgeltlich oder nur gegen Kost und Wohnung beschäftigten Lehrlinge den Beteiligten, insbesondere den Lehrlingen selbst, schwer fallen würde. Es erscheine deshalb erwägungswert ob nicht in Erweiterung des § 494 der R. V. O. die entsprechende Ermäßigung der Beiträge vorzuschreiben wäre, wofür zum Ausgleich eine Krankengeldzahlung an diese Lehrlinge fortfallen müßte. Auch der Reichsarbeitsminister hält die angeregte Erweiterung des § 494 der R. V. O. für möglich und zweckentsprechend und wird sie bei anderweitigen Gesetzesvorlagen in die Wege leiten.

!! **Drolshagen**, 1. Dez. **„Hochzeit machen, das ist wunderschön . . ."** Von den rund 1000 Einwohnern unseres Städtchens feierten letzten Donnerstag 4 Paar Hochzeit. Wahrlich, wenn es so täglich weitergeht, ist nach Ablauf weniger Monate in Drolshagen weder Jüngling noch Jungfrau anzutreffen.

„ **Grevenbrück**, 1. Dez. **Leiche gefunden.** Vor einiger Zeit wurde in der Nähe von Plettenberg in der Lenne eine stark in Verwesung übergegangene männliche Leiche gefunden. Wie seitens der Polizeibehörde Bilstein mitgeteilt wird, handelt es sich um den seit Wochen verschwundenen Obsthändler **Marx** aus Grevenbrück.

Provinzielles.

WTB **Siegen**, 27. Nov. **Von einem Automobil überfahren.** Im benachbarten Weldenau sind vorgestern abend der aus Siegen stammende Heinrich Kempfer und dessen zehnjähriger Sohn Alfred durch ein ihnen entgegenkommendes Auto, durch dessen Scheinwerfer sie geblendet worden waren, überfahren worden. Kempfer erlitt leichtere Verletzungen am Kopf, während der Junge mit einem schweren Schädelbruch lebensgefährlich verletzt durch den Chauffeur des Unglückswagens in das Krankenhaus in Siegen gebracht wurde.

WTB **Siegen**, 29. Nov. **Eröffnung der 5. Siegerländer Kunstausstellung.** Gestern ist hier die vom Siegerländer Kunstverein veranstaltete 5. Siegerländer Kunstausstellung von Oberbürgermeister Fümer eröffnet worden. Vertreter der Industrie, des Gewerbes, der Schule und der Presse hatten sich zu dem für das Siegerland bedeutungsvollen Ereignis eingefunden. Die Ausstellung, die sich im Logen-Gebäude befindet, ist von mehr als 50 Siegerländer Künstlern und Kunsthandwerkern beschickt und bietet ein prächtiges Bild. Die Ausstellungsobjekte sind überwiegend von wertvoller Qualität und zeugen von der Vielseitigkeit des heimatlichen Strebens.

WTB **Hagen**, 29. Nov. **Eine Diebeshöhle aufgedeckt.** Von jungen Burschen, die sich mit Kletterübungen an den sogen. Syburger Klippen vergnügten, wurde eine kunstgerecht angelegte **Diebeshöhle** entdeckt, die Raum für 7—8 Personen bietete und nur Eingeweihten bei Lebensgefahr zugänglich ist. Revolver, Dynamit, Handwerkszeug und einiges Diebesgut wurde vorgefunden, desgleichen **Kleidungsstücke** und eine Lohntüte, die zur Verhaftung eines der Höhlenbewohner führte.

)(**Dortmund**, 28. Nov. **Ungetreuer Postbeamter.** Der 34 Jahre alte Oberpostsekretär **Ernst**, Paul, Wilhelm Merschenk vom Postscheckamt in Dortmund ist seit dem 25. November nach Unterschlagung von Postkartengeldern in bisher festgestellter Höhe von rund 24 000 RM. in Begleitung seiner Ehefrau flüchtig. Ueber die Fluchtrichtung ist noch nichts bekannt geworden. Auf seine Ergreifung und die Wiederherbeischaffung des Geldes hat die Oberpostdirektion in Dortmund an die etwaige Mitteilungen in der Angelegenheit zu richten sind, unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 1000 RM. ausgesetzt.

WTB **Halver**, 29. Nov. **Kind verbrüht.** Das zweijährige Söhnchen der Familie Ernst Möhler zu Vormbau in der hiesigen Gemeinde fiel in einen Topf mit kochendem Wasser. Nach zwei Tagen erlag das Kind unter gräßlichen Schmerzen den erlittenen schweren Verbrennungen.

WTB **Fröndenberg**, 29. Nov. **Schwer verletzt aufgefunden.** Der auf dem Elektro-Isolierwerk angestellte Kaufmann Endner wurde in der Nähe des Bahnwärterhauses im Hilkenhohl mit einer schweren Schußwunde im Kopfe bewußtlos aufgefunden. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Unglücksfall. In später Abendstunde ist E. den schmalen Fußweg am Bahngleise entlang gegangen. Man nimmt an, daß er an der genannten Stelle gestolpert und zu Boden gestürzt ist. Dabei hat sich sein Revolver, den er zu seinem Schutze bei sich trug und wahrscheinlich in der Hand gehalten hat, entladen. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht.

WTB **Oberhausen**, 29. Nov. **Verunglückte Bergarbeiter.** Auf der Zeche Oberhausen erlitt bei einem Zusammenstoß von zwei Zechenzügen der Maschinist Franz Schlusen schwere Kopfverletzungen, denen er bereits erlag. — Auf Zeche Alstaden wurde bei Arbeiten über Tage der Bergmann Adolf Spreitzer derartig schwer am Kopfe verletzt, das er im Krankenhause verstarb.

Wirtschaftliches.

Berliner Getreidebörse.

WTB **Berlin**, 29. Nov.

Weizen: Märkischer 22,20—22,30 (ruhig).
Roggen. Märkischer 20,70—21,10 (ruhig).
Gerste. Sommergerste 22,00—24,60, Futtergerste 19,00—20,00 (ruhig).
Hafer. Märkischer 16,70—17,50. Pommerscher 15,70—16,60 (ruhig).
Mais 20,60—20,80 (ruhig).
Weizenmehl 29,50—32,50 (ruhig).
Roggenmehl 28,50—31,50 (ruhig).
Weizenkleie 13,80—14,00 (stetig).
Roggenkleie 12,20—12,40 (stetig).

Berliner Schlachtviehmarktbericht.

WTB **Berlin**, 29. Nov. Auftrieb: Rinder 2324, Bullen 567, Ochsen 562, Färsen und Kühe 1195, Schafe 5486, Schweine 6552, Ziegen 8, Schweine aus dem Auslande 1068.

Preise für Ochsen: a. 46—48, b. 40—43, c. 36—38, d. 33—35.
Bullen: a. 44—46, b. 40—42, c. 34—37.
Färsen und Kühe: a. 40—48, b. 38—43, c. 30 bis 35, d. 24—28, e. 20—22.
Fresser: a. 30—35.
Rinder: a. gestrichen, b. 85—98, c. 70—80, d. 50—65, e. 38—45
Stallmastschafe: a. 44—48, b. 33—42, c. 25—30.
Weidemastschafe: a. gestrichen.
Schweine: a. gestrichen, b. 79—80, c. 76—78, d. 72—75, e. 68—71, f. 66.
Säue: a. 65—72.
Ziegen: 15—20.

Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schweinen ruhig. Holsteinische Rinder über Notiz. Bei Schafen glatt. Ausgesuchte Schafe über Notiz.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion: P. Hüttemann, Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. B. Krauß, Berlin-Schöneberg.

Georg Heßmann :=: Olpe.

Geschäfts-Eröffnung.

Außer dem elterlichen Geschäft, Olpe, Winterbergstraße 20, welches in unveränderter Weise weitergeführt wird, eröffnen wir unter der gleichen Firma am

Dienstag, dem 2. Dezember in Olpe, Bahnhofstraße 4,

ein Herrenkonfektions- und Herrenartikelgeschäft nebst Maßabteilung für Herren- und Damenschneiderei.

Durch Ausbildung und gesammelte Erfahrungen in ersten Maßgeschäften größerer Plätze, sind wir in der Lage allen Ansprüchen gerecht zu werden. Es wird unser Bestreben sein, durch gute preiswerte Waren uns das Vertrauen der Kundschaft zu erwerben und zu erhalten.

Wir bitten um gütige Unterstützung unseres neuen Unternehmens.

Georg Heßmann. Inhaber: Aloys und Albert Heßmann.

Deutsche Demokratische Partei Süd-Westfalen.

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8¼ Uhr, im Kaiserhof (F. Tampier)

öffentliche Volks-Versammlung.

Referent: Bezirksleiter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, Lange, Elberfeld.

Thema: Was steht am 7. Dezember auf dem Spiele

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Alle Wähler und Wählerinnen sind freundlichst eingeladen.

Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei.

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 28 ist am 18. Oktober 1924 bei der Firma

Verkaufskontor der Gewerkschaft Sachtleben, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Meggen

eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 15. April 1924 ist der § 3 des Gesellschaftsvertrages betr. Grundkapital und Geschäftsanteile geändert. Das Grundkapital ist auf 1000 Goldmark umgestellt.

Amtsgericht Foerde.

Städtisches Schauspielhaus Hagen i. W.

Montag, 1. Dez., 7½—10½ Uhr, geschlossene Vorstellung für den Zentralverband der Invaliden und Witwen, Ortsgruppe Hagen: „Der liebe Augustin".

Dienstag, 2. Dez., 7—10 Uhr, Vormiete A 6, Preis 2, „Judith", Tragödie in 5 Akten (7 Bilder) von Fr. Hebbel.

Mittwoch, 3. Dez., 8½—6¼ Uhr, außer Vormiete, ermäßigte Preise. „Der gestiefelte Kater", Volksmärchen mit Musik und Tanz von Emil Alfred Hermann in 4 Akten.

7½—10¼ Uhr, Vormiete B 1, Sonderveranstaltung, Preis 3, zum zweiten Male „Gudrun auf Island", Oper in 3 Aufzügen von Paul von Klenau.

Donnerstag, 4. Dez., 7½ Uhr, geschlossene Vorstellung (Schülervorstellung).

Freitag, 5. Dez., 7½—10½ Uhr, außer Vormiete, Preis 3, „Hoffmanns Erzählungen", phantastische Oper in 5 Bildern von Jules Barbier, Musik von Jacques Offenbach.

Samstag, 6. Dez., 7½—10½ Uhr, außer Vormiete, Preis 3, „Aida", große Oper von Verdi.

Sonntag, 7. Dez. 3½—6½ Uhr außer Vormiete, „Der gestiefelte Kater", wie oben.

7½—10½ Uhr „Das Dreimäderlhaus", Operette in 3 Aufzügen von Dr. A. Willner und Heinz Reichert.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES
(HARRIMAN LINE)

Nach

NORD-AMERIKA
SÜD-AMERIKA
CANADA

CUBA — MEXIKO, WESTINDIEN
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung, Unterbringung in Kammern in allen Klassen

Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG nach NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
Hamburg Alsterdamm 25
und deren Vertreter in
OLPE:
CHRISTIAN SCHÜNE.

Betten aus prima dichtem Köper.



Langjährige Garantie. Kataloge und Proben mit über 50 verschiedenen Preisen frei. Umtausch oder Geld zurück. Versand unter Nachnahme!

Bettfedern Mk. 0.85, 1.40. Daunen Mk. 2.70, 3.20. Daunen Mk. 6.50, 14.-

Oberbett mit 7 Pfund	14.95	23.85	27.80	31.50
Unterbett mit 6 Pfund	14.10	22.40	25.40	29.-
2 Kissen mit 5 Pfund	8.55	13.85	16.35	19.35
1/1 schläf. Bett zusammen	37.50	60.05	69.05	79.85

2 schläfr. etwa 10% mehr. Bessere Betten bis Mk. 135.-.

Bettfedernreinigung
W. Büttner, G. m. b. H., Werl i. W. Nr. 12

Große öffentliche Zentrumsversammlung in Elspe.

Am Mittwoch, dem 3. Dez., abends 7½ Uhr spricht der

Generalsekretär der Westfälischen Zentrumspartei, Herr Brand-Münster,

im Saale des Herrn Franz Schade.

Wählerinnen und Wähler! Keiner darf fehlen! — Freie Aussprache.

Der Vorstand.

K. V.

Heute (Montag) abend, 8½ Uhr,

Zusammenkunft im Hotel Tillmann.

Offiziell.

Kaiserhof-Lichtspiele :: Olpe.

Heute Montag abend

8½ Uhr, zum letzten Male der große

Prachtspielplan

mit Jakie Coogan, Asta Nielsen, Charlie Chaplin

Das **Weihnachtsgeschenk** für die heranwachsende Jugend ist eine

Schreibmaschine: Orga-Privat.

Kaufen Sie!

Orga-Vertretung:

H. A. Schaper, Ründeroth.

Fernruf 131.



Junge legereife **Hühner** offeriert zu M. 4,50 p. Stück. Bei 20 Stck. franko. Garantiert lebende Ankunft.

Jost Koch Wwe.
Weidenau-Sieg 112.

National-Kasse

prachtvolle Friedens-Ausführung (Bronce) Mk. 480,— in Raten v. Mk. 50,— mit Garantie zu verkf. Auf Wunsch Abbildung. (+)3910

A. Neustedt Köln,
Mainzerstr. 23.

Ia. sächsische Zwiebeln
pr. Zentner 11 Mk.

Ia. Tiroler Tafeläpfel
pr. Zentner 15 Mk.

Wilh. Brauneis,
Olpe.

Haben

Sie etwas zu färben oder zu reinigen, dann bringen Sie selbiges zu

Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstraße 18.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Sprechapparate

Herm. Loos,
G. m. b. H.,
Siegen. Ruf 466.

Bettnässen

ist eine Krankheit und kann nicht durch Prügelei beseitigt werden.

25jähr. Leiden wurden in kurzer Zeit von mir geheilt.

Ewald Guntermann,
Naturheilverfahren
Gummersbach, am Rathaus.
13 Jahre am Orte tätig.

Krätzurgan beseitigt schnell unauffäll., mild, unschädl Jucken u. fast alle Hautleid

Drog. Frerichmann,
Olpe. Auch Versd.

Strebsame Leute

finden lohnende Beschäftigung. Zuschriften an **„Merkur", Leipzig-Anger,** Krönerstr. 16.

Musikinstrumenten-Spezialhaus
Karl Horn, Siegen,
liefert nur Qualitätswaren. Kataloge frei. Fernruf 1173

Reine
Wollgarnsocken
liefert am billigsten
Strickerei **Hecker-Steins,**
Heinsberg i. W. Preise frei.

---

†

Nachruf.

Am 28. November 1924 verschied zu Olpe

Herr Amtsgerichtsrat a. D.

Franz Köster

Ritter des Roten Adlerordens 4. Kl.

Der Entschlafene war vom 1. Juni 1890 bis zum 1. Mai 1907 als Richter am hiesigen Amtsgericht tätig. Er erfreute sich während seiner Amtstätigkeit einer allseitigen Beliebtheit und genoß in hohem Maße das Vertrauen der Bevölkerung. Sein vornehmer Charakter und seine lautere Gesinnung sichern ihm ein ehrenvolles Andenken.

Olpe, den 29. November 1924.

Die Richter und Beamten des Amtsgerichts.
Die Rechtsanwälte des Amtsgerichtsbezirkes.
J. A.:
Nettebrock, Amtsgerichtsrat.

Statt Karten.

Für die überaus innige und aufrichtige Teilnahme, die uns beim plötzlichen Hinscheiden unserer beiden Lieben entgegengebracht wurde, sagen wir allen

herzlichen Dank.

Frau Wilhelmine Bock
geb. Hitze
und Kinder.

Wensterhammer, im Dezember 1924.

Ca. 30 Festmeter

Tannen-Rundholz

12—20 Mittendurchmesser entrindet, möglichst trocken und gesund zu kaufen gesucht.

Joseph Biegener,
Zimmermeister
Attendorn, Fernsp. 209.

Einige 1000

Weihnachtsbäume

bis 2.50 Mtr. hoch gegen Barzahlung aus erster Hand zu kaufen gesucht.

Ausführliche Angebote unter E. T. 36533 an die Annonc.-Exped. Friedr. Schaz, Duisburg.

Verkaufe bis Weihnachten alle

Schuhwaren

zu extra billigen Preisen

in **nur Qualitätswaren,** besonders empfehle ich:

Gamaschen (braun und schwarz), Herren-Jagdstiefel, Gummischuhe in allen Größen, Kamelhaarschuhe und -Pantoffel sowie eine reiche Auswahl in allen andern Pantoffeln.

Folgende Posten verkaufe ich, solange Vorrat reicht, zu außergewöhnlich billigem Preise:

Damen-Spangenschuhe 5,— Mk. Frauen-Schnürschuhe 6,80 Mk.
Mädchen-Lack-, Schnür- und Spangenschuhe 27|30 8,25, 31|35 9,25 Mk.
Rindlederstiefel 27|30 5,50, 31|35 6,50 Mk.
Rindbox-Knaben 36,39 8,— Mk. Kinderschuhe 18|20 2,30, 20|22 2,70 Mk.

Hermann Hengstebeck :=: Olpe
Martinstraße.



Schöner zweieinhalbjähriger
Wallach
(Fuchs), gut eingefahren, zu verkaufen. †4080

Witwe Rump,
Oberveischede.



Ein ca. 15 Ztr. schweres, etwa 8jähriges zugfestes
Arbeitspferd,
Rotschimmel, gegen ein mittelschweres Pferd zu vertauschen oder zu verkaufen.

Karl Kämpfer,
Lindenberg b. Freudenberg Kreis Siegen.